

Politische Unterstützung und Demokratisierung in Osteuropa

Pickel, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pickel, S. (1997). Politische Unterstützung und Demokratisierung in Osteuropa. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 369-373). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138855>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thadden, Johannes von 1986: Krisen in Polen: 1956, 1970 und 1980. Eine vergleichende Analyse ihrer Ursachen und Folgen mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Politik, Frankfurt/M.

Dr. Achim Siegel, TU Dresden, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, Mommsenstr. 13, D-01062 Dresden

3. Politische Unterstützung und Demokratisierung in Osteuropa

Susanne Pickel

1. Grundlagen der Systemstabilität

Die Ausbildung einer funktionierenden Demokratie in den osteuropäischen Reformstaaten beruht auf verschiedenen Grundlagen, der *Institutionalisierung demokratischer Verhaltensweisen* und der Ausbildung demokratisch legitimer politischer Institutionen einerseits und andererseits auf der *Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses* durch die Bevölkerung. Die Bereitschaft der Bürger, den ökonomischen, politischen und kulturellen Umgestaltungsprozeß in ihren Ländern mitzutragen, spielt für die Stabilisierung der noch jungen Demokratien eine entscheidende Rolle. Es ist ein Fehlschluß zu glauben, daß nur abgekoppelte ökonomische Fortschritte, oft festgemacht an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Staaten oder die bloße Einrichtung demokratischer politischer Institutionen die zukünftige Stabilität der Demokratie gewährleisten würden. Vielmehr benötigen die jungen Demokratien auch die politische Unterstützung und das Vertrauen der Bürger (Easton 1965, 1975, 1979; Lipset 1981, 1990). Diese zeigen sich in den Einstellungen der Bevölkerung zu den Maßnahmen, dem Erscheinungsbild und den neuen politischen Repräsentanten der demokratischen Ordnung genauso wie in der Beurteilung des neuen demokratischen Systems und seiner Institutionen. Die daraus resultierende Bewertung und Akzeptanz der Demokratie durch ihre Bürger ist maßgeblich für ihre Dauerhaftigkeit und Stabilisierung. Krisen der politischen und wirtschaftlichen Effektivität sind von als legitim empfundenen politischen Systemen leichter zu überstehen als von politischen Ordnungen, deren Unterstützung durch die Bürger hauptsächlich auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufbaut (Lipset 1981: 64-70). Demnach können vier Stabilitätsstufen politischer Systeme unterschieden werden (im Gegensatz zu Diamond et al. 1990: 9): Ein *stabiles* System ist mit einem hohen Grad an Legitimität und Effektivität ausgestattet und kann auch intensive Krisen überdauern. *Teilweise stabile* Systeme sind partiell etabliert und unterliegen bei ernsthaften Herausforderungen von innen oder außen stärkeren Gefährdungen. Dies trifft besonders dann zu, wenn sie zwar durch ein hohes Maß an Effektivität gekennzeichnet sind, jedoch kaum als legitim empfunden werden. *Teilweise instabile* Systeme weisen zwar ein gewisses Maß an Legitimität auf, stehen aber unter dem Druck einer schlechten wirtschaftlichen oder/und politischen Effektivität. Dies wirkt sich besonders bei einer engen Kongruenz zwischen Legitimitätszuweisung und Effektivitätsbemessung aus. *Instabile* Systeme genügen weder den Effektivitäts-, noch den Legitimitätsansprüchen ihrer

Bevölkerungen und stehen in Krisenzeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit vor der Gefahr des Zusammenbruchs oder der tiefgreifenden Veränderung (Pickel 1997).

David Easton (1979: 177-206) gliedert die Objekte, die ein »gewisses Maß« an politischer Unterstützung zur Stabilisierung des politischen Systems benötigen, in drei Ebenen: Die *politische Gemeinschaft* fungiert als Einheit, auf die sich das Zugehörigkeitsgefühl und die Loyalität der Bürger beziehen. Sie kann mittels des interpersonalen Vertrauens der Bürger gemessen werden. Unter den Begriff *Regime* faßt Easton die identitätstiftenden Grundmerkmale des Institutionengefüges einer Demokratie, ihre Werte, Normen und die Struktur der Autoritäten. Die politische Unterstützung auf dieser Ebene kann über das Vertrauen in die Gerichte und die Polizei, die Systempräferenz (demokratisches versus sozialistisches System) und die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage analysiert werden. Die dritte Ebene bezieht sich auf die politischen *Autoritäten*, d.h. die Beurteilung der Amtsträger in ihren Ämterrollen durch die Bürger. Das Vertrauen in das Parlament, die Parteien und die Regierung ist geeignet, in diesem Bereich politische Unterstützung zu bestimmen.

Auf der Basis quantitativ-empirischer Forschungsprojekte (World Value Survey 1990; Neues Demokratienbarometer 1993; Central and Eastern Eurobarometer 1990-1995) wurden diese verschiedenen Komponenten für Osteuropa analysiert (Pickel/Pickel 1996a).

2. Verteilung der politischen Unterstützung in Osteuropa

Raster der politischen Unterstützung in Osteuropa

	Interpersonales Vertrauen (1990)	Vertrauen in Gerichte und Polizei (1990/ 1993)	Systempräferenz (1992)	Vertrauen in Parlament, Parteien, Regier. (1990/ 1993)	Zufriedenheit gegenwärt. Demokratie (1995)	Beurteilung wirtschaftliche Lage (1992)	Beurteilung finanzielle Situation (1995)
Estland	+++	-	--	++	-	-	+(+)
Lettland	+++	-	-	++	-	---	(-)
Litauen	++	-	+	++	-	--	--
Ungarn	+	++	---	-	-(-)	-	---
Tschechien	(-)	-	++	-	+	-	(+)
Slowakei	kD	kD	+	kD	-	---	-
Polen	-	+	(-)	+++/-	-/++	-	--/++
Slowenien	+++	+	++	-	-	+++	++
Bulgarien	++	+	0	0	---	++	+(+)
Rumänien	+	+	+++	--	-	(+)	+
Mazedonien	kD	kD	-(-)	kD	-	(+)	+++
Albanien	kD	kD	+++	kD	-/+	+++	+++
Rußland	-	-	---	0	---	-(-)	-(-)
Weißrußland	+	--	---	--	---	---	-(-)
Ukraine	kD	kD	---	kD	--	--	---
Armenien	kD	kD	---	kD	---	---	--/(-)

Quelle: Eigene Zusammenstellung anhand der Daten der Central and Eastern Eurobarometer 2-6 (1991-1995), NDB (1993), World Value Survey (1990); positive Einschätzung +++ bis negative Einschätzung ---. KD=keine Daten verfügbar.

Die Zusammenstellung der einzelnen Elemente politischer Unterstützung zeigt ein uneinheitliches Bild in den Regionen Ostmittel- und Südosteuropas, ein einheitlicheres in Nordosteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Pickel/Pickel 1996b).

Besonders auffällig sind die durchgängig negativen Einstellungsmuster in der *postsowjetischen Region*. Die Ablehnung der aktuellen Demokratieperformanz und der neuen politischen Institutionen wird durch eine besonders große Skepsis gegenüber dem wirtschaftlichen System der Marktwirtschaft noch verschärft. Somit steht man in Rußland dem politischen und dem ökonomischen Systembereich negativ gegenüber. Nahezu alle Komponenten der politischen Unterstützung weisen die Staaten der postsowjetischen Region als *instabile Demokratien* aus. Die Tendenz zu Nationalismus und der Wahl autoritärer Führerfiguren (Jerschina 1995) ist hier nicht nur weitaus wahrscheinlicher, auch sind die demokratischen Grundwerte noch nicht durchgängig etabliert. Daneben zeigt sich ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem neuen politischen System, was in fast einhelliger Unzufriedenheit und Mißtrauen mit den politischen Institutionen und Repräsentanten seinen Ausdruck findet.

Klassifiziert man die *anderen ausgewählten Länder Osteuropas* ebenfalls nach den eingangs vorgestellten Überlegungen zur Stabilität politischer Systeme, so müssen die meisten osteuropäischen Nationen derzeit größtenteils als *teilweise instabil* bezeichnet werden. Sie weisen zwar erste stabilisierende Einstellungskomponenten auf, haben aber noch keine feste Verankerung zumindest neutraler politischer Einstellungen zu Entscheidungsträgern, aber auch zu politischen Organen und Institutionen erreicht. Insbesondere die überwiegend negative Beurteilung der Effektivität wirkt sich in dieser frühen Phase eines demokratischen Staates einschränkend auf die Konsolidierung der Demokratie aus.

In *Südosteuropa* bewirkt eine, durch mehr Hoffnung in der Bevölkerung auf eine wirtschaftliche Verbesserung gegenüber ihrer schlechten früheren Situation getragene, positive Antizipation der wirtschaftlichen Lage vorteilhafte Einflüsse auf die anderen Bereiche politischer Unterstützung. Einzig in Bulgarien besteht eine Abweichung in der Bevölkerungseinstellung, welche auf einer Entwicklung seit 1992, der Wahl und Wiederwahl kommunistischer Politiker, beruht, die nicht in der Lage oder auch Willens sind, eine Transformation durchzuführen oder eine Mindestsicherung aufrecht zu erhalten. Die schlechte wirtschaftliche Startsituation ist in diesen Ländern sicherlich der zentrale Grund für diese Entwicklung.

In den *baltischen Staaten* sind erste Zeichen einer Konsolidierung des demokratischen Systems feststellbar. Die Nähe zu Rußland sorgt hier für eine starke Beschleunigung der Bemühungen zu einer Westanbindung. Die Distanzierungsbemühungen gegenüber der ehemaligen Sowjetunion sind durch einen hohen inneren Zusammenhalt der politischen Gemeinschaft und eine relativ große Zufriedenheit mit dem Parlament und den Parlamentariern aufgrund ihrer erfolgreichen Ablösung aus dem sowjetischen Staatsverband gekennzeichnet. Dieses politische Vertrauensklima ist mit einer recht schnellen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation verbunden, wobei Estland und Lettland als die zwei Staaten mit

der geringsten Bindung an die ehemalige Sowjetunion diese Entwicklung eher verkörpern als Litauen. Da die Entwicklung zu einem voll konsolidierten politischen System noch nicht ganz gesichert ist, bietet es sich hier an, von einem *teilweise stabilen* System zu sprechen.

Diese Einordnung besitzt auch Gültigkeit für *Tschechien und Slowenien*, die aufgrund ihrer Wirtschaftskraft durch die Erfolge der ökonomischen Entwicklung zu einer besseren Einschätzung der politischen Effektivität des neuen demokratischen Systems gelangten. Auch hier sind erste Konsolidierungserscheinungen in der Legitimierung des neuen Systems erkennbar. In Tschechien erweist sich jedoch ein derzeit noch geringes interpersonales Vertrauen und Vertrauen in die Kerninstitutionen des demokratischen Staates als hinderlich für die endgültige Stabilisierung demokratischer Prämissen – es ist fraglich, inwieweit bei einer geringeren politischen Effektivität und einer möglichen negativen Wirtschaftsentwicklung die Demokratie stabil bleibt. Am weitesten konsolidiert erscheint Slowenien mit einer positiven Unterstützung der politischen Gemeinschaft, des politischen Regimes und einer nur partiellen Unzufriedenheit mit politischen Autoritäten.

In *Polen, der Slowakei* und insbesondere *Ungarn* wurden dagegen die Erwartungen der Bevölkerung an das demokratische System bisher nicht erfüllt. Eine schlechte Beurteilung der politischen und der ökonomischen Effektivität der neuen politischen Ordnung könnte sich auf Dauer als gefährlich für die noch labile, aber vorhandene Transformationslegitimität nach dem Umbruch erweisen. Zwar stimmt man auch hier den demokratischen Prinzipien zu und hat demokratische Verfahren teilweise besser als in jedem anderen osteuropäischen Staat etabliert, aber die Polarisierung der Gesellschaft durch die große Zahl an sozio-ökonomischen Verlierern nach dem Umbruch kann sehr schnell zu einer Unterhöhlung dieser Transformationserfolge führen. Die Rückbesinnung auf die reformierten sozialistischen Parteien ist ein Ausdruck hierfür und kennzeichnet Ungarn, Polen und die Slowakei noch als *teilweise instabile* Systeme.

Generell zeigt sich, daß der *Transformationsprozeß* oder die *Demokratisierung in Osteuropa unterschiedlich weit vorangeschritten* ist. Sie differiert zwischen Staatengruppen wie auch zwischen einzelnen Staaten einer Region. Die wirtschaftliche Konsolidierung prägt, aber determiniert nicht die politische Unterstützung in den Nationen Osteuropas. Das Erscheinungsbild der Politiker, politisch-ideologische Auseinandersetzungen und mangelnde soziale Absicherung besitzen parallel dazu eine große Bedeutung für die Einstellungen der Bevölkerung. Die Bindung demokratischer Prinzipien, der Demokratie- und Ökonomiezufriedenheit sowie der Bevorzugung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ordnung gegenüber dem alten sozialistischen System an die neue Mittelschicht, die von der Transformation bisher am meisten profitierte, beinhaltet neben dem positiven Einflußpotential dieser Bevölkerungsgruppe auf die Konsolidierung der jungen Demokratien auch die Gefahr einer Umkehrung dieses Prozesses im Falle eines Scheiterns der marktwirtschaftlichen Reformen, d.h. die Konsolidierung steht und fällt mit einem der Demokratie förderlichen politischen Engagement des neuen, jungen Bildungsbürgertums.

Literatur

Diamond, Larry et al. 1990, *Politics in Developing Countries*. London.

- Easton, David 1965, *A System Analysis of Political Life*. Chicago.
- Easton, David 1975, A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435-457.
- Easton, David 1979, *A Systems Analysis of Political Life*. New York et al.
- Jerschina, Jan 1995, A Comparative Analysis of Political and Economic Values in Russia, Ukraine, Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Slovakia, and Poland. Krakau.
- Lipset, Seymour M. 1981, *Political Man. The Sozial Bases of Politics*. Baltimore.
- Lipset, Seymour M. 1990, The Centrality of Political Culture. *Journal of Democracy* 4: 80-83.
- Pickel, Gert/Pickel Susanne 1996a, Nicht nur die Politiker zählen – Einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf mit Hilfe der Ventral and Eastern Eurobarometer. In: *ZA-Information* 38: 82-93.
- Pickel, Gert/Pickel Susanne 1996b, Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit und im Wahlverhalten zwischen ost- und westeuropäischen Staaten. In: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Bern: 176-203.

Dipl. pol. Susanne Pickel, Ebertusstr. 4, D-15234 Frankfurt/Oder

4. Ostdeutsche Identitätspolitik

Claudia Ritter

Die Ergebnisse der politische Kulturforschung enthalten zahlreiche Hinweise auf eine Suche von Ostdeutschen nach einer Identität, die sie ausdrücklich als Ostdeutsche ausweist. Gleichwohl tragen zahlreiche Umfragen sowie die Annahme von einem *cultural lag* wenig dazu bei, die eher paradoxen Bedingungen dieser Identitätssuche als Tendenzen einer modernen Identitätspolitik zu rekonstruieren. Diese äußert sich als eine deutliche Abgrenzung von Westdeutschen, die in den verschiedenen politischen Lagern Ostdeutschlands anzutreffen ist. Eine Möglichkeit, die Muster ostdeutscher politischer Identitätsbildung zu analysieren, bietet die Untersuchung der drei Dimensionen von Identität: Distinktion, Ethik und Kohärenz, die mit Rückgriff auf Erikson, Mead und Habermas als grundlegende Komponenten der Identitätsbildung herausgearbeitet werden können. Der soziologische *bias* dieser Theorietradition erlaubt es, die politische Identitätsentwicklung im Wechselspiel mit den politisch-institutionellen Konstellationen zu sehen und die Quellen, aus denen so etwas wie die Kraft einer Dynamik zur Identitätspolitik entsteht, nicht nur in psychologischen Kategorien zu rekonstruieren.

- 1) Jede Identität enthält eine Zuordnung zur eigenen Person oder Gruppe und damit auch immer schon eine implizite oder explizite Abgrenzung von anderen. Von einer Abgrenzungsidentität soll dagegen gesprochen werden, sobald zwei Voraussetzungen erfüllt sind. 1. Die zwei Dimensionen der Identität, die Kohärenz und Ethik, werden den Bedürfnissen der Distinktion untergeordnet. 2. Homogenitäten mit anderen Individuen oder Kollektiven müssen geleugnet werden. Der zunehmende Trend, sich eher als Ostdeutsche, denn als Deutsche zu fühlen, die anhaltende Unterstützung der PDS, die wenn auch knappe Ablehnung des Zusammengehens von Berlin und Brandenburg lassen sich als